

Braucht Liechtenstein wirklich eine weitere Abfalldeponie im Unterland?

Konzept Das Unterland prüft derzeit Standorte für weitere Deponien. Im Sinne des Umweltschutzes wünschen sich die Abgeordneten allerdings mehr Zusammenarbeit der Gemeinden.

VON SILVIA BÖHLER

Aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums und den damit verbundenen Bauprojekten benötigt Liechtenstein immer mehr Platz für Bauabfälle. Das Amt für Umwelt hat in seinem Bericht «Abfallplanung 2070» aufgezeigt, dass in den kommenden Jahren mehrere Deponien an ihre Kapazitätsgrenzen stossen werden. Das Amt regte deshalb die Zusammenarbeit der Gemeinden an, zumal die bestehenden Deponien in Vaduz und Schaan noch Kapazitäten bis zum Jahr 2070 hätten. Im Unterland wird dennoch seit längerem nach einem neuen Deponiestandort gesucht - sehr zum Missfallen der Abgeordneten der Freien Liste (FL). Sie wollen den Bau neuer Deponien möglichst lange hinauszögern und mit der Einreichung ihres Postulats, die Regierung einladen, ein Konzept für die

intensivere Zusammenarbeit der Gemeinden und des Staates zu erstellen. «Der Staat soll seine lenkende und übergeordnete Rolle wahrnehmen und prüfen, wie die Zusammenarbeit der Gemeinden verbessert werden kann», erläuterte Georg Kaufmann und Parteikollege Patrick Risch ergänzte: «Es ist unsinnig in jeder Gemeinde eine Deponie zu bauen. Es ist dringend notwendig, dass das Land das Gespräch mit den Gemeinden sucht.»

Recyclingquote soll erhöht werden

Aus Gründen der Nachhaltigkeit soll ausserdem das Recyceln von Bauabfällen forciert werden. «Es besteht ein hohes Verbesserungspotenzial in diesem Bereich», sind sich alle Volksvertreter einig. Der FBP-Abgeordnete Sascha Quaderer verwies in seinem Statement auf den, von der Regierung beschlossenen, Massnahmenplan vom Jahr 2010 hin und zitierte daraus drei Massnahmen:

- Wo technisch möglich, sollen Recyclingbaustoffe bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen vorgeschrieben werden.
- Die Deponiegebühren, die in Liechtenstein wesentlich tiefer sind als in der Schweiz, sollen schrittweise erhöht werden.

- Wo technisch machbar, soll der Recyclinganteil in Strassenbelägen erhöht werden. Sascha Quaderer betonte, dass der Staat gerade auch im Bereich des Recyclings eine Vorreiterrolle übernehmen solle, zumal mehrere grosse Bauprojekte des Landes vor der Realisierung stünden. «Es wäre wirklich an der Zeit, Recyclingbaustoffe besser zu pushen», so Quaderer. Er wolle den Gemeinden zwar nichts von oben herab vorschreiben, dennoch sollte partnerschaftlich ein Konzept erarbeitet werden. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni verwies darauf, dass mit der «Abfallplanung 2070» bereits ein Konzept vorliege, das auch umgesetzt werde. «Die zukünftige Entsorgung wird aufgezeigt, im Wesentlichen sollen die grossen Kapazitäten in Schaan und Vaduz gemeindeübergreifend genutzt werden.» Seit einigen Jahren stagniere allerdings der Kiesabbau und das Deponievolumen stehe zurzeit nicht zur Verfügung, weshalb Reservestandorte geprüft würden. Ausserdem betonte Monauni, dass eine Zusammenarbeit und ein Austausch unter den Gemeinden und dem Land stattfinden würden. Die Ausführungen überzeugten die 25 Abgeordneten nicht, sie stimmten der Überweisung des Postulats zu.

Teilhabe an der Gesellschaft

Websites auch für Menschen mit Behinderung

VADUZ Behörden und sonstige öffentliche Stellen nutzen zunehmend das Internet, um ein breites Spektrum an Informationen und Dienstleistungen online einzuholen oder bereitzustellen. Die Europäische Union hat deshalb bereits vor Jahren per Gesetz dafür gesorgt, dass alle Menschen, auch jene mit einer Behinderung, einen barrierefreien Zugang zu den digitalen Informationen erhalten sollen. Liechtenstein muss als EWR-Mitglied diesen Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen nun ebenfalls umsetzen. Konkret heisst das: In Zukunft sollen auch sehbehinderte oder hörbehinderte Menschen, aber auch Menschen mit Lernbehinderungen einen barrierefreien Zugang zu Informationen auf Webseiten oder Apps erhalten und sich so selbstbestimmt informieren können. Die Umsetzung der Richtlinie und die entsprechenden Gesetzesanpassungen ist ein weiterer Schritt in Richtung Teilhabe von Menschen

mit Behinderung an der Gesellschaft - und eigentlich im digitalen Zeitalter längst fällig, wie Wendelin Lampert anlässlich der gestrigen 1. Lesung betonte.

Leichte Sprache und Videoclips

Umgesetzt werden sollen die Anpassungen vor allem auf Webseiten der Regierung, von Gemeinden, aber auch von Stellen des öffentlichen Interesses, wie beispielsweise der AHV, des AMS oder der Infra. Insgesamt sollen etwa 84 Websites und 7 Apps Neuerungen erfahren. Informationen sollen in Leichter Sprache, in variablen Schriftgrössen oder mittels Videoclips in Gebärdensprache angeboten werden.

Eine zuständige Amtsstelle hat wiederkehrend zu überwachen, inwiefern die Websites und mobile Anwendungen den Anforderungen an einen barrierefreien Zugang entsprechen und hierüber jedes dritte Jahr einen Bericht zu erstellen sowie an die EFTA-Überwachungsbe-

hörde (ESA) zu übermitteln. Ebenso könne die Amtsstelle auch Beschwerden entgegennehmen und Massnahmen vorschlagen, wie Websites entsprechend abgeändert werden können. Vorgesehen ist dafür eine Stelle mit etwa 80 bis 100 Stellenprozenten, das Ministerium ananschlagt Kosten von rund 143 000 Franken, ausgeklammert sind dabei allerdings die Folgekosten. Gesellschaftsminister Manuel Frick kann sich vorstellen, dass die Prüfung ein externes Büro ausserhalb der Landesverwaltung, möglicherweise auch ausserhalb des Landes übernimmt. Eine konkrete Abschätzung der Kosten sei derzeit aber nur bedingt möglich.

Darüber hinaus soll dem Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, das beim Liechtensteinischen Behinderten-Verband integriert ist, die Aufgabe zukommen, betroffene Personen zu unterstützen und Beratungen durchzuführen. (sb)

Fürs Landesmuseum und die Erwachsenenbildung

Zwei Nachtragskredite einstimmig bewilligt

VADUZ Der Landtag bewilligte die Nachtragskredite für das Landesmuseum in Höhe von 150 000 Franken und für die Stiftung Erwachsenenbildung über 132 000 Franken. Aufgrund der Pandemie wurde die Reisetätigkeit weltweit eingeschränkt und Touristen aus Nordamerika, Russland und dem asiatischen Raum blieben aus. Das spürte auch das Landesmuseum. Gemäss Kulturminister Manuel Frick rechne das Museum mit einem Verlust von rund 174 000 Franken für das Jahr 2021. Mit einem Nachtragskredit von 150 000 Franken würde sich der Verlust für das Museum somit per Ende 2021 auf rund 25 000 Franken beschränken, was durch die Reserven aufgefangen werden könne. Die Abgeordneten Daniel Seger (FBP) und Norma Heidegger (VU) machten in ihren Voten auf die Wichtigkeit des Landesmuseums und auf die schwierige Situation während der Pandemie aufmerksam. Einer Bewilligung des Nachtragskredits stehe daher nichts im Weg.

Neben dem Landesmuseum beantragte die Regierung auch für die Stiftung Erwachsenenbildung einen Nachtragskredit. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 132 000 Franken, der der Erwachsenenbildung Stein Egerta zugutekommen soll. Das Echo hierzu war durchwegs zustimmend, worüber sich Bildungs-

ministerin Dominique Hasler freute. Die Stiftung Stein Egerta wurde von den Abgeordneten Daniel Seger (FBP) und Dagmar Bühler-Nigisch (VU) besonders für das vielfältige Angebot trotz Einschränkungen gelobt. Für Bühler-Nigisch - selbst ehemalige Präsidentin der Stiftung Erwachsenenbildung - war es wichtig zu erwähnen, dass die Stein Egerta wegen der Umbauarbeiten an den Gebäuden aktuell vor mehreren Herausforderungen stehe. Der Abgeordnete Georg Kaufmann wollte wissen, wie die Differenz zwischen den schätzungsweise 223 000 Franken Verlust und den geforderten 132 000 Franken von der Erwachsenenbildung ausgeglichen werden könne. Hasler erklärte, dass die Stein Egerta einerseits bereits Sparmassnahmen eruiert und umgesetzt hat, andererseits habe man bereits bei der Budgetierung mit einem Verlust gerechnet. «Durch den Nachtragskredit soll der Abbau der Reserven der Stiftung Erwachsenenbildung Stein Egerta entsprechend nicht ausgeglichen, sondern abgefedert werden», führte die Bildungsministerin aus. Das bedeute, dass ein Teil des Verlustes von der Stiftung selbst mitgetragen und auf die Reserven zurückgegriffen werde. Die Abgeordneten stimmten den beiden Nachtragskrediten folgend einstimmig zu. (tb)

Neuer Stellvertreter

Landtag wählt Ralph Wanger in die Regierung

VADUZ Der Landtag hat Ralph Wanger aus Mauren als neuen Stellvertreter von Ministerin Sabine Monauni gewählt und ihn damit zuhänden von Erbprinz Alois zur Ernennung vorgeschlagen - mit 21 Stimmen bei 24 Anwesenden. Ralph Wanger übernimmt das Amt von Alexander Batliner, der aufgrund eines privaten Projekts Mitte August seinen Rücktritt als Regierungsrat-Stellvertreter erklärt hatte. Wanger ist 52 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Der Jurist ist Mitgründer und Partner von Batliner Wanger Batliner Rechtsanwälte in Vaduz. (Text: red; Foto: Paul Trummer)



Die Regierungsräte Dominique Hasler und Manuel Frick. (Fotos: Zanghellini/Trummer)